

Dringlichkeitsantrag D1

Antragsteller/innen: David Polak, Beatrice Behrens, Michael Hohenadler

In §3 der Schiedsgerichtsordnung soll ein neuer Absatz 4 eingefügt werden:

- (4) Im Bundesschiedsgericht müssen die drei Richter*innen und zwei Ersatzrichter*innen fünf unterschiedlichen Landesverbänden angehören.

§6 Absatz 1 der Wahlordnung soll wie folgt geändert werden:

- (1) Auch Wahlen für mehrere gleiche Parteiämter, Mandate und Wahlvorschlagslisten werden generell in gesonderten Wahlgängen gewählt, um der Quotenregelung aus §16 der Bundessatzung nachkommen zu können. Dafür wird jeder Platz der Reihe nach geheim gewählt. Dabei gilt, dass der erste Platz einer Frau vorbehalten ist – es folgt immer alternierend ein offener Platz und ein Platz für eine Frau. Frauen können auch auf offenen Plätzen kandidieren. Vor der Wahl von Platz 3 und dann jedem vierten folgend wird des weiteren geschaut, ob die Quote für diskriminierte Gruppen erfüllt wurde und wenn dem nicht so ist, ist der Platz einer Person aus diskriminierten Gruppen vorbehalten. [Ist die Besetzung der Plätze über die Quotenregelung hinaus Bedingungen unterworfen, so ist der Platz zudem Personen vorbehalten, deren Wahl die Erfüllung der Bedingungen nicht unmöglich machen würde.](#)

§6 Absatz 3 der Wahlordnung soll wie folgt geändert werden:

- (3) Sollten sich vor der Wahl eines Platzes nicht mehr genug Kandidat/innen finden, um eine Quote durchsetzen zu können, dann beantragt der/die Wahlleiter/in vor der Wahl, dass die jeweilige Quote von da an ausgesetzt wird. Die der jeweiligen Gruppe angehörenden anwesenden, nicht in der Abstimmung abgelehnten wahlberechtigten Mitglieder können dem mit einfacher Mehrheit unter Ausschluss von Enthaltungen ihre Zustimmung verweigern. Wird es von mindestens einer beteiligten Person beantragt, so findet diese Abstimmung unter Ausschluss der Nicht-Gruppenangehörigen statt. Sofern keine abstimmungsberechtigte Person anwesend ist, gilt die Zustimmung zur Aussetzung der jeweiligen Quote als erteilt. [Entsprechendes gilt für die Durchsetzung von §3 Absatz 4 der Schiedsgerichtsordnung. Abstimmungsberechtigt sind in diesem Fall alle wahlberechtigten Mitglieder.](#)

Begründung:

Um Klientelismus, Nepotismus und Machtkonzentration zu reduzieren bzw. zu vermeiden, ist es erforderlich, dass aus jedem Bundesland nur höchstens ein*e Kandidat*in ein Richter*innenamt besetzen kann.

Begründung der Dringlichkeit:

Bis zur ordentlichen Antragsfrist am 05.11.2017 war nicht absehbar, dass aus einem Bundesland mehrere Kandidaturen für das Schiedsgericht eingehen würden. Des Weiteren war bis zur Antragsfrist noch nicht absehbar, ob überhaupt eine Neuwahl des Schiedsgerichts stattfindet oder diese aus Mangel an Bewerber*innen verschoben wird.